

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stadtverband Landau in der Pfalz



SPD-Stadtverband Landau, Dr. Maximilian Ingenthron
An 44, 15 – 76829 Landau

BUND Kreisgruppe Südpfalz
Herrn Ulrich Mohr
Gartenstraße 21
76879 Hochstadt

Landau, den 6. April 2015

Sehr geehrter Herr Mohr,

für Ihr Schreiben vom 21. März dieses Jahres danke ich Ihnen. Gerne beantworte ich mit Blick auf die anstehende Wahl des Oberbürgermeisters der Stadt Landau den beigefügten Fragenkatalog.

Über die hier gegebenen Antworten hinaus verweise ich auf mein Wahlprogramm, dass unter www.spd-landau.de für alle Interessierten einsehbar ist.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Maximilian Ingenthron



1. Transitverkehr auf der B 10

Mein Ziel war, ist und bleibt es, den durchgängigen vierspurigen Ausbau der B 10 zu verhindern. Dies ist auch die Haltung meiner Partei in Landau seit vielen Jahren.

Ich erachte es als ausreichend, aus Gründen der Verbesserung des Verkehrsflusses und der Erhöhung der Verkehrssicherheit, die Strecke allenfalls dreispurig auszubauen.

Ein Transitverbot für den überregionalen LKW-Verkehr unterstütze ich; in dieser Weise habe ich mich auch gemeinsam mit meiner Fraktion in der Stadtratssitzung am 10. März positioniert.

2. Energiekonzept Südpfalz

Für mich hat eine regionale Umsetzung der Energiewende eine herausragende Bedeutung. Ich will erreichen, dass sich die Stadt Landau im Sinne eines Solidarbeitrags an dieser Aufgabe in angemessener Weise beteiligt. Deshalb habe ich mich auch für die Nutzung der Windkraft im Pfälzerwald eingesetzt, unter der Voraussetzung, dass eine Reihe von Kriterien erfüllt sind (Effizienz, Konzentration der Standorte, Zustimmung der Bevölkerung). Ich bedauere es, dass die Landesregierung nicht den Weg der überregionalen Planung gegangen ist und nun die Nutzung der Windkraft im Pfälzerwald für die öffentliche Hand faktisch ausgeschlossen hat.

Ich stehe zu einer möglichst umfänglichen Nutzung der Fotovoltaik in Landau. Mit meiner Fraktion habe ich Einschränkungen in der Landauer Innenstadt im Zuge der Gestaltungssatzung weitgehend abgelehnt. Für das neu entstehende Areal „Wohnpark am Ebenberg“ gilt das ebenso. Hier werde ich einer Einschränkung der Nutzung aus gestalterischen Gründen nicht zustimmen.

3. Bürgerbeteiligung

Den Ausbau der Bürgerbeteiligung sehe ich als Chance, die Willensbildung in Landau auf ein noch breiteres Fundament zu stellen. Dabei betone ich ausdrücklich, dass die Elemente der repräsentativen Demokratie – hier: Stadtrat, Ortsbeiräte, Ausschüsse mit zahlreichen Mitgliedern aus der Bürgerschaft und weitere beratende Gremien – hervorragende Instrumente der Bürgerbeteiligung sind. Dort werden auch künftig die Entscheidungen zu treffen sein.

Es ist aber sinnvoll und bereichernd, den Bürgerinnen und Bürgern mehr Möglichkeiten zu geben, sich an Planungsprozessen zu beteiligen. Bürgerbeteiligung darf aber nicht zum Instrument der Durchsetzung von Partikularinteressen werden, sondern muss stets Teil eines Gesamtabwägungsprozesses sein.



Ich befürworte den Prozess des Landauer Weges der Bürgerbeteiligung, wie er derzeit erarbeitet und im Juni im Stadtrat beschlossen werden soll. Mit diesem Verfahren sollten zunächst erste Erfahrungen in der Praxis gesammelt werden.

Ich schlage darüber hinaus vor, die Möglichkeit von „Bürgerbefragungen“ als Teil der Willensbildung vorzusehen. Die Landauerinnen und Landauer sollen bei zentralen Projekten und Fragestellungen der Stadtpolitik mittels Abstimmungen ihre Haltung artikulieren können. Befragungen sollten sich primär auf Aspekte beziehen, bei denen die Stadt einen echten Gestaltungsspielraum und die Entscheidungskompetenz hat.

Alle Einwohnerinnen und Einwohner Landaus ab 16 Jahren sollen sich beteiligen können. Wird ein noch festzulegendes Quorum erreicht, ist die Abstimmung erfolgreich und der Stadtrat bindet sich an das Ergebnis. Die Bürgerbefragungen in Neustadt zum Ausbau der B 39 oder zur Shopping-Mall in Kaiserslautern waren beispielhaft und können als Vorbild dienen.

4. Rekommunalisierung der Müllverbrennung

Ich bin grundsätzlich ein Befürworter starker und handlungsfähiger kommunal gesteuerter Unternehmen der Daseinsfürsorge. Eine übermäßige und unverhältnismäßige Privatisierung kommunaler und staatlicher Dienstleistungen lehne ich ab; das muss im Einzelfall gut begründet sein.

Wenn private Unternehmen eine Aufgabe günstig, gut, unter Einhaltung sozialer Standards und angemessener Löhne sowie volkswirtschaftlich sinnvoll erfüllen können, ist das auch das unvoreingenommen zu bewerten. Es muss aber ebenso der Weg zurück zu einer Erfüllung von Aufgaben in kommunaler oder staatlicher Trägerschaft möglich sein.

Erstes Ziel muss es sein, das Müllaufkommen weiter zu reduzieren – und diese Reduktion muss auch für die Bürgerinnen und Bürger finanziell spürbar sein. „Mülltourismus“ soll vermieden werden. Es zu prüfen, unter welchen Rahmenbedingungen und in welcher Rechtsform diese Ziele am wirksamsten erreicht werden können. Eine Vorabfestlegung sehe ich nicht als zielführend an.

5. Flächenverbrauch und Zersiedelung

Landau ist eine zunehmend attraktive und weiter wachsende Stadt. Es gilt daher, die Entwicklung des Immobilienmarktes klug zu steuern und nachhaltig wirkend zu fördern. Neben dem Schließen von Baulücken und einer akzeptablen Verdichtung hat innerstädtisch die Besiedlung des Wohnparks am Ebenberg Vorrang.



Die Zersiedelung der Landschaft und die Entleerung von Ortskernen zählen nicht zu einer zeitgemäßen Stadtentwicklung. Deshalb will ich, dass Landau und die Stadtteile „von innen her“ entwickelt und vom Zentrum ausgehend mit Leben erfüllt werden. Das bedeutet: Eine maßvolle Ausweisung von Wohnbauflächen in den Landauer Ortsteilen im Sinne der Baulandstrategie.

Mein Ziel ist, dass dadurch insbesondere Familien attraktives Bauland zu bezahlbaren Preisen erwerben können. Dafür sollen primär Areale der für die Innenentwicklung und sofort bebaubare Baulücken genutzt werden. Ebenso will ich in angemessener Weise Abrundungen der Siedlungsstruktur am Ortsteilrand vornehmen. Die so ausgewiesenen Bauflächen sind zeitnah zu bebauen.

6. Gewerbeansiedlungen

Landau erfreut sich als Standort für Gewerbe und Handel eines steigenden Interesses. Eine attraktive Stadt und eine 1a-Lage, eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung – all das sind Faktoren dafür, dass sich Unternehmen hier gerne ansiedeln oder sich vergrößern. Das werde ich nach Kräften fördern.

Flourierende Unternehmen zählen zum Rückgrat einer gesunden Entwicklung unserer Stadt, sie sind Steuerzahler und Arbeitgeber. Mir liegt deren Wohl sehr am Herzen und ich werde ihr Wachstum ebenso wie weitere Neuansiedlungen im Rahmen des rechtlich Möglichen und Zulässigen fördern. Dazu zählt die weitere Erschließung der gewerblich nutzbaren Flächen im Rahmen der Festlegungen des Flächennutzungsplans.

7. Biosphärenreservat Pfälzerwald

Die Schutzbestimmungen für das Biosphärenreservat Pfälzerwald werden durch die Stadtverwaltung eingehalten. Sollte es Anzeichen dafür geben, dass dem nicht so ist, werde ich in angemessener Weise eingreifen.

8. Denkmalschutz

Zum Thema Ortskernsanierung verweise ich auf die Antwort zu Frage 5.

Der künftige Umgang mit den Resten der ehemaligen Festung ist Gegenstand intensiver Beratungen zwischen den Beteiligten. Dies erfolgt auf der Basis meines Antrags, der zum Ziel hat, dass zunächst alle erforderlichen Informationen zusammengestellt werden. Am Ende des Prozesses muss eine Übereinkunft, mindestens aber eine Selbstverpflichtung der Stadt stehen, wie sie in Zukunft mit den Festungsüberresten umgehen wird.



9. ÖPNV

Ich will den öffentlichen Personennahverkehr bedarfsgerecht ausbauen durch eine Optimierung der Umsteigemöglichkeiten mit Verkürzung der Wartezeiten, durch bessere Verknüpfungen der Bus- mit den Bahnverbindungen (Umsteigezeiten), durch die Schaffung von Busspuren, durch eine bessere Anbindung der Ortsteile ,insbesondere in Abendstunden und an Wochenenden, durch den Ausbau des Ruftaxi-Angebotes und eine allgemeine Verbesserung des Taxiangebots.

Attraktive Bahnanbindungen für Landau sind das Rückgrat des Regionalverkehrs. Dazu gehören bessere Verbindungen auf der Queichtalstrecke, langfristig die Elektrifizierung der Strecke Neustadt-Landau-Karlsruhe und die Reaktivierung der Bahnstrecke nach Germersheim, der zweigleisige Ausbau der Strecke Winden-Wörth, ein neuer Bahnhofpunkt im Gewerbegebiet D 9 an der „Filmwelt“, ggf. auch in Höhe der Kreisverwaltung.

10. „Südtangente“

Den Bau einer „Südtangente“ von der Weißenburger Straße in Richtung Gewerbegebiet D 9 halte ich nicht für angezeigt. Eine solche Trasse würde vor allem die Bemühungen im Bereich Wohnen im äußersten Süden Landaus und alle damit verbundenen bisherigen Planungen konterkarieren. Die künftige Erschließungsstraße von der Autobahn ins Gewerbegebiet bzw. die Paul-von-Denis-Straße sind ausreichend.

11. Erzeugung erneuerbarer Energien

Ob die Erzeugung erneuerbarer Energien in Zusammenhang mit der Schaffung bezahlbaren Wohnraums vorgeschrieben werden sollte, ist zu erörtern, sofern es sich nicht als Investitionshemmnis erweist. Die Anregung ist in jedem Fall zu prüfen.

12. Verkehrspolitik innerorts

Eine zeitgemäße Verkehrspolitik muss den Anspruch erfüllen, unterschiedlichen Bedürfnissen der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Besucherinnen und Besucher der Stadt gerecht zu werden. Eine wachsende Stadt mit einem ebenso wachsenden Aufkommen an motorisiertem Individualverkehr stellt uns vor besondere Herausforderungen. Mit den Mitteln der Vergangenheit werden wir die Zukunft jedoch nicht gestalten können. Deshalb ist das nun zu erstellende Mobilitätskonzept der Stadt von besonderer Bedeutung. Auch das Thema Reduzierung des Verkehrslärms muss dabei grundlegender Bestandteil aller Überlegungen sein.



Ich will einen Paradigmenwechsel erreichen. Mein Ziel ist es, eine moderne Verkehrspolitik umzusetzen, wie sie beispielsweise in den Niederlanden seit Jahrzehnten erfolgreich praktiziert wird. Damit will ich mehr Verkehrssicherheit erreichen und den Verkehr gleichzeitig flüssiger machen.

Ein Höchstmaß an Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer hat für mich herausragende Bedeutung. Alle Nutzer des öffentlichen Straßenraums sollen sich sicher bewegen können. Untrennbar damit verbunden ist eine wirkungsvolle Kontrolle des fließenden Verkehrs. Ich will erreichen, dass die Stadt die Übernahme dieser Aufgabe vom Land beantragt und in eigener Zuständigkeit durchführt. Möglicherweise kann diese Aufgabe auch gemeinsam mit dem Landkreis Südliche Weinstraße erfolgen.

Tempo 30 – ob als Zone oder Höchstgeschwindigkeit – soll mit Ausnahme der großen Verkehrsachsen flächendeckend umgesetzt werden. Das gilt auch für die Ortsteile einschließlich der Ortsdurchfahrtsstraßen, soweit dies die Ortsteile selbst wünschen. Grundsätzlich soll die Regelung „rechts vor links“ noch viel stärker als bisher durchgesetzt werden.

Geschwindigkeitsreduzierende bauliche Maßnahmen müssen damit einhergehen. Das bedeutet: Bodenschwellen („Drempel“) beispielsweise vor den Schulen und Kindertagesstätten und in Wohngebieten. Bei Neubauten und Sanierungen von innerstädtischen Straßen dürfen keine „Rennstrecken“ mehr entstehen – so wie dies beispielsweise in der Cornichonstraße, in der Zeppelinstraße und am Untertorplatz geschehen ist. Wo das möglich ist, sollten statt Ampelkreuzungen Kreisverkehrsplätze und an geeigneten Kreuzungen Minikreisel eingerichtet werden.

13. Radwegenetz

Landau muss mitsamt einer geeigneten Infrastruktur zur Stadt für Radfahrer werden. Das Radwegenetz soll auf der Grundlage des Radwegeplans wirksam ausgebaut werden. Straßen wie beispielsweise die Rheinstraße dürfen kein Tabu für Radspuren bilden. Ich will die Einführung eines Systems an Leihfahrrädern prüfen lassen. Hierfür bietet sich das Fahrradmietsystem „VRNnextbike“ des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar an.